

Steile Kurve nach oben

Deutschland braucht Steuerentlastungen, um die Wirtschaft zu stimulieren und den Staat zu sanieren, sagt Michael Heise.

Herr Heise, vor allem FDP und Linke werben mit Steuerentlastungen. Sind das angesichts leerer Staatskassen nicht ebenso leere Wahlversprechen?

Im Gegenteil. Wir brauchen wirtschaftliches Wachstum, um von den hohen Schulden wieder herunterzukommen. Und ein wirksames Mittel sind Steuerreformen, die eine Entlastung der Leistungsträger bringen.

Steuern senken zum Segen des Staates?

Geringere Belastungen schaffen mehr Motivation, Innovationen und Bereitschaft zum Unternehmertum und am Ende mehr Arbeitsplätze. Wenn wir ein Prozent zusätzliches Wirtschaftswachstum erreichen, steigt das Steueraufkommen um schätzungsweise sechs bis sieben Milliarden Euro. Und das laufende Haushaltsdefizit sinkt ohnehin wieder, wenn die Konjunkturprogramme auslaufen.

Welche Entlastungen wären volkswirtschaftlich am sinnvollsten?

Dringlich ist eine Entlastung der privaten Haushalte im unteren und mittleren Einkommensbereich. Unser Steuersystem sorgt dafür, dass gerade Normalverdiener bei Lohnzuwächsen automatisch auf der Steuerkurve ziemlich steil nach oben rutschen. Hinzu kommt, dass in den nächsten Monaten die Arbeitslosigkeit steigen dürfte und damit die Sozialversicherungsbeiträge anzusteigen drohen. Eine steuerliche Kompensation ist daher

geboten, damit die Massenkaufkraft nicht leidet.

Die höchste Entlastung bietet – nach der FDP – ausgerechnet die Linke, wenn auch nur für Einkommen bis rund 60 000 Euro. Was halten Sie von deren Wahlprogramm?

Allein die von den Linken propagierte Erhöhung des Grundfreibetrages von 8008 auf 9300 Euro wirkt verlockend. Aber sie erhöht die Besteuerung in mittleren und höheren Einkommenssegmenten und verschärft damit die Progression. Dort wird Mehrarbeit schon jetzt mit bis zu 60 Prozent besteuert und durch Abgaben belegt. Das ist ein enormer Negativimpuls für die Leistungsträger der Wirtschaft und hätte negative Folgen für die Wirtschaft insgesamt. Das gilt auch für den Vorschlag, Einkommen über 65 000 Euro mit 53 Prozent zu besteuern.

Wie sollten Steuererleichterungen gegenfinanziert werden?

Langfristig ist der Selbstfinanzierungseffekt nicht unerheblich. Dennoch brauchen wir eine nachhaltige Disziplin bei den Staatsausgaben. Die Parteien sollten sich selbst verpflichten, dass sie die Ausgaben stets mindestens um zwei Prozent weniger steigern, als die nationale Wertschöpfung steigt.

Im Jahr 2003 verfügte Gerhard Schröder die Agenda 2010. Brauchen wir nach der nächsten Wahl nicht wieder einen Kraftakt, eine Agenda 2020?

Die ungeliebte 2010-Reform wirkt noch immer positiv nach und hat zu einem starken Beschäftigungsaufbau geführt. Da muss nicht nachgebessert werden. Eine Agenda 2020 sollte darauf abzielen, langfristig mehr Binnennachfrage in Deutschland zu erzielen. Sie muss auf Investitionen, Bildung, Unternehmertum, aber eben auch auf steuerliche Entlastung der unteren und mittleren Einkommensbezieher setzen. Daneben sollte die nächste Regierung die Schwächen der Unternehmenssteuerreform ausbügeln und die Eigenkapitalbildung fördern. ■

Wirtschaftswoche, 21.09.2009